RC - BULLETIN

IV/1969

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75/76
PS Berlin West 194156

Redaktion:
Sigi Stecher

Berlin, den
20. Febr. 1969

Inhaltsverzeichnis

I. Zur Diskussion

1. Journalismus und Außerparlamentarische Opposition
   a) Presseerklärung des Redaktionskollektivs der ROTE PRESSE KORRESPONDENZ
   b) Erklärung zur Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES von Seidel, Boehme u.a.

2. Zur Strategie des Republikanischen Clubs
   a) Kritik der 18 an der Politik des RC-Vorstandes
   b) Antwort des RC-Vorstandes
   c) Stellungnahme des Delegiertenrates
   d) Über den Dogmatismus bestimmter "Antiautoritärer" und sog. "Traditionalisten" von Peter van Spall

II. Außerordentliche Mitgliederversammlung (8.2.1969)

1. Protokoll
2. Offener Brief an den RC-Vorstand von R. Reichwein
3. Antrag Mahler anl. der a.o. Mitgliederversammlung

III. Aus den Arbeitskreisen

Selbstdarstellung des AK "Angestellte und technische Intelligenz (Automation)"

IV. Veranstaltungskalender

P r e s s e - E r k l ä r u n g

Am Sonnabend, den 22. Februar 1969, erscheint die 1. Ausgabe des Informationsdienstes der arbeitenden sozialistischen Basis-Organisationen in Westberlin. Die wöchentlich erscheinende ROTE PRESSE KORRESPONDENZ will einerseits für die arbeitenden Gruppen die gegenseitige Information verbessern, andererseits die in der bürgerlichen Öffentlichkeit vorhandenen klischeehaften Vorstellungen über die theoretische und praktische Arbeit der Basis-Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition korrigieren.
Der Berliner EXTRA-DIENST hat diese Aufgaben nicht nur nicht geleistet, sondern sogar die herrschenden Vorurteile durch seine Berichterstattung unterstützt. Er kann deshalb von den Basis-Gruppierungen der Außerparlamentarischen Opposition nicht länger als Sprachrohr akzeptiert werden. Der EXTRA-DIENST hat sich der Kontrolle und Korrektur des aktiven Teils der APO, die er in der Öffentlichkeit zu vertreten vorgab, entzogen. Durch Privatisierung seiner Produktionsmittel, die der EXTRA-DIENST als Vergesellschaftung bezeichnete, hat er freiwillig den Schritt aus der aktiven sozialistischen Bewegung vollzogen. Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ kann daher weder ein Parallel- noch ein Konkurrenzorgan zum EXTRA-DIENST sein.

Das Redaktions-Kollektiv
der
ROTE PRESSE KORRESPONDENZ

b) ZUR INFORMATIONSPOLITIK DES EXTRA-DIENSTES.

Die Bedeutung des ED als "einer Stimme der APO" ist einerseits zu messen an der objektiven Notwendigkeit, die für eine solche Stimme besteht, andererseits an dem Selbstverständnis des ED (12/III 1969).
Beide Maßstäbe erscheinen als deckungsgleich in der vom ED wiederholt formulierten Aufgabenstellung "Informationen aus dem System, die dessen Presse hinwegmanipuliert, denen zu vermitteln, die aus dem System ausgebrochen sind (und die potentiell ausbrechen wollen...) und zweitens, Informationen aus dem Lager der ... APO ... in den Kern der Gesellschaft zu tragen."

Die zugleich formulierte Einschränkung, daß der ED "nicht politisches oder gar theoretisches Leitorgan der APO sein kann und sein will", genügt nicht als Rechtfertigung dafür, daß die Informationen "aus dem System für die APO" sich als unreflektierte, unkritisch nebeneinandergesetzte Informationssplitter von stark wechselndem Wert darstellen, deren Stellenwert der derzeitigen politischen, theoretischen und organisatorischen Problemstellung der APO nicht entspricht.

Andererseits sind Informationen aus dem Lager der APO in der Vergangenheit durch den Berliner EXTRA-Dienst ebenso lückenhaft wie zusammenhanglos gegeben worden. Insbesondere wurde fast völlig auf die Berichterstattung über die Arbeit der Basisgruppen, über die Aktivitäten an den Hochschulen und Schulen, über die Arbeit der Lehrlinge und einzelner Gruppen in den Betrieben, über die Arbeit in Kinderläden und Elternkollektiven etc. verzichtet. Diese Aktivitäten sind erste Ansätze der Bewußtseinsbildung und Demokratisierung von der Basis her nach oben und ihre Vermittlung ist deshalb von großer Wichtigkeit.

Es genügt nicht, wenn z.B. der ED zur Zeit des Höhepunktes der Auseinandersetzungen an der FU und TU
- unter der Überschrift "Das Feuer wird eröffnet" einen Artikel des FU-AStAs, der bereits im Tagesspiegel erschienen war, wiedergibt,
- danach lediglich mitteilt, daß von 19 FU-Studenten 37.000,--DM Schadenersatz für Go ins gefordert werden,
- die Meldung "Keine Relegation für FU-Studentin, weil sie vom Lande kommt" auf der ersten Seite erscheint,
- die Berichterstattung über Hintergrund und Verlauf der Streikaktionen sich weiterhin darauf beschränkt mitzuteilen, wieviel Selbstanzeigen bisher vorliegen,
- hinsichtlich der Vorfälle an der Architektur-Fakultät der TU lediglich der Anzeigentext der Studenten- und Assistentenschaft der Architektur-Fakultät wiedergegeben wird, ohne weitere Zusammenhänge darzustellen, ohne den Wever-Brief etc. zu erwähnen...
- Es genügt nicht, einen abfälligen Leserbrief eines RC-Mitgliedes über eine Basisgruppe, in dem keine konkrete inhaltliche, sondern lediglich phrasenhafte Kritik geübt wird, zu drucken,
- es genügt nicht zu schreiben, daß Münchner Apoisten die Berliner Kinderlädenprojekte zu theoretisch und schlecht fänden, daß die Emanzipationsbemühungen der Eltern zu stark im Vordergrund ständen,
- es genügt nicht, einen Artikel zu bringen, in dem eine Gruppe von Kindergärtnerinnen - nach Feststellung der Tatsache, daß ihre Ausbildung unzureichend sei - kritisiert, daß APO-Mütter ihnen eine abwertende Haltung entgegenbrächten und dadurch eine Zusammenarbeit verhinderten,
- es genügt auch nicht mitzuteilen, daß die Basisgruppe Zehlendorf das 'Kommunistische Manifest' in Betrieben und Schulen verteilt hat....

Derartige Meldungen bzw. Weglassungen implizieren Kritik ohne etwas auszusagen über die Arbeit, die in den einzelnen Gruppen geleistet wird, warum sie geleistet wird, welche Erfolge und Mißerfolge erzielt wurden. Nur nach Darstellung dieser Inhalte ist eine Kritik sinnvoll.
Es ist auch sinnlos zu erwähnen, daß an den Universitäten relegiert, gestreikt wird etc., ohne gleichzeitig den Hintergrund der Streiks, ohne die Ziele, die die Studenten haben und warum, zu vermitteln.

Eine Erklärung für diese Art von Informationspolitik kann nur in der bedenklichen Bündnispolitik gefunden werden, die der ED propagiert: "daß Bündnispartner jeder Liberale... sein muß". Diese Politik läßt sich beschreiben als der Versuch, den mühsamen und langwierigen Weg individueller Emanzipation und Bewußtwerdung abzukürzen durch Bündnispolitik.
Da es aber einen kollektiven Bewußtwerdungsprozeß auf Beschluß irgendwelcher - wie auch immer gearteter - Überbaugruppen nicht gibt, führt Bündnispolitik, so verstanden, automatisch zum Fraktionszwang.
Fraktionszwang bedeutet jedoch Aufgabe des Prinzips der offenen, rational geführten Auseinandersetzung, wirft also den kaum begonnenen Bewußtwerdungsprozeß weit hinter seine Ausgangspositionen zurück.
Das Entstehen autoritärer Strukturen muß zwingend die Folge sein.

Die APO braucht permanente politische und theoretische Auseinandersetzung, die undogmatisch und unter Einbeziehung der praktischen Erfahrungen geführt werden muß.
Sie bedarf eines Organs, das dieser Auseinandersetzung Raum gibt und sich in ihr rational engagiert.
Wir fordern von einem Informationsdienst der APO, daß er diesen Ansprüchen gerecht wird.

Erika Seidel, Hans-Joachim Seidel,
Michael Boehme, Jutta Schütz,
Hartwig Marx

2. Zur Strategie des Republikanischen Clubs

a) Kritik der 18 an der Politik des RC-Vorstandes

Die unterzeichnenden Mitglieder des Berliner Republikanischen Clubs haben mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen, daß die letzte a.o. Mitgliederversammlung des Clubs - wenn auch nur mit knapper Mehrheit der nicht sehr zahlreich Anwesenden - einen Antrag v e r w o r f e n hat, in dem noch einmal hervorgehoben wurde, daß der Club weiterhin Plattform und Kommunikationszentrum aller Gruppen und Strömungen der Berliner Linken sein soll und daß diese Zielsetzung die Cluborgane verpflichte, Beschlüsse und Aktionen auf einen breiten Konsensus zu gründen, bessere Voraussetzungen einer demokratischen Willensbildung unter den Clubmitgliedern zu schaffen und dabei insbesondere die Ansichten von Minderheiten zu tolerieren.

Wir können nicht verhehlen, daß wir durch verschiedene Vorgänge in den letzten Monaten mehrfach mit der Frage konfrontiert wurden, ob unsere Zugehörigkeit zum RC noch zu verantworten ist. Die ablehnende Haltung der Mitgliederversammlung zu einer u.E. eigentlich selbstverständlichen Positionsbestimmung hat diese Frage

erneut in aller Schärfe aufgeworfen.

Wir haben uns bisher immer um ein sachliches Gespräch und einen breiten Konsensus bemüht und wir sind auch weiterhin dazu bereit, solange noch eine geringe Chance für ein ehrliches, solidarisches, faires Verhalten der einzelnen Strömungen des Clubs zueinander besteht. Nachdem sich aber gezeigt hat, daß eine bestimmte Richtung, die sich selbst als antiautoritär bezeichnet, ihre spezifischen Ansichten und Aktionsformen für schlechterdings verbindlich hält und nachdem wir die Erfahrung machen mußten, daß unsere Appelle und freundlichen Bitten wenig fruchteten, haben wir uns entschlossen, an den Vorstand des RC diese letzte nachdrückliche W a r n u n g zu richten:

1. Obwohl wir durchaus nicht mit allen Anschauungen und Arbeitsweisen der Redakteure des EXTRA-DIENSTES einverstanden sein können, werden wir einen Versuch, sie in ihrer journalistischen Arbeit zu behindern oder gar - wie es leider geschehen ist - massiv zu bedrohen, nicht hinnehmen. Wir warnen den Club-Vorstand bzw. einzelne seiner Repräsentanten vor dem Unterfangen, die Redakteure des EXTRA-DIENSTES unter Ausnutzung formaler Normen der bürgerlichen Rechtsordnung zu gängeln und zu disziplinieren.
2. Wir erwarten, daß Vorstand und Delegiertenrat des RC die bestehenden Möglichen nutzen, um dahinzuwirken, daß es bei künftigen Demonstrationen - etwa im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon und anläßlich der Bundesversammlung - zu keinen neuen Gewaltakten kommt und daß vor allem irgendwelche durch Aktionen der außerparlamentarischen Opposition verursachte Verletzungen von Menschen unterbleiben.

Unsere Solidarität ist in den letzten Monaten über Gebühr strapaziert worden. Wir wenden uns daher mit großem Ernst an den antiautoritären Flügel der außerparlamentarischen Opposition: Zerstört nicht die letzten noch bestehenden Bindungen auf der Linken! Auch Ihr seid Euren Genossen Solidarität schuldig!

gez.: Norbert Adrian /Berthe Ahting / Margherita von Brentano / Ossip K. Flechtheim : Hans Friemond / Helmut Gollwitzer / Dorothea Hartung / Peter Heilmann / Sabine Hellwag / Annemarie Knobloch / Dieter Koch / Hanno und Regina Kremer / Marianne Regensburger / Manfred Rexin / Dirk Sager / Gilbert Ziebura / Hartmut Bunke / Erich Müller-Gangloff.

12.2.1969

b) <u>Antwort des RC-Vorstandes</u> (17.2.1969)

Sehr geehrte ....,
wir teilen mit Ihnen die Sorge um die Entwicklung des Republikanischen Clubs, auch wenn wir die politischen Akzente teilweise anders setzen mögen als Sie.
Da es uns entgegen unseren Hoffnungen nicht möglich war, mit Ihnen auf den von den Mitgliedern einberufenen a.o. Vollversammlungen ausreichend zu diskutieren, und da wir es für dringend notwendig erachten, die von Ihnen aufgegriffenen Probleme in der linken Öffentlichkeit zu behandeln, wozu auch Sie - wie Sie ausdrücklich betonen - weiterhin bereit sind, bitten wir Sie, den an den Vorstand gerichteten und gleichzeitig im EXTRA-DIENST sowie auszugsweise im ABEND veröffentlichten Brief am <u>Sonnabend, den 22. Febr. 1969 - 20 Uhr</u> in einer Clubveranstaltung zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

....

PS: ..... Die terminliche Festsetzung der Veranstaltung erfolgte von unserer Seite deshalb so kurzfristig, um die Aktualität Ihres Briefes zu wahren.

c) Stellungnahme des Delegiertenrates des RC zu der Warnung einiger liberaler und pazifistischer Kritiker des Mitgliederbeschlusses zur Politik des Rc

Wir sind nicht der Meinung, daß ein Antrag, der den RC als Sammelbecken aller politischen Tendenzen versteht, dazu dient, daß der RC als Sammelbecken einer dem Pluralismus verfallenen Linken zu verstehen ist.

Vielmehr sind wir der Meinung, daß die Institution RC als Kommunikationsebene aller Linken mit den verschiedensten Tendenzen und Perspektiven zu verstehen ist, wohingegen die politische Arbeit der Bewußtseinsbildung und der Basisverbreiterung einzig von den aktiven Gruppen wie von den Arbeitskreisen, vertreten durch den Delegiertenrat und dem Vorstand, geleistet werden kann. Das bedeutet aber nicht, daß der Delegiertenrat ein kaderpolitisches Instrument ist. und somit die Aktionen der Apo kanalisieren kann, sondern er versteht sich als Vertreter der Arbeitskreise zur Koordinierung ihrer Arbeit untereinander und gegenüber anderen Gruppen der Apo und relevanten Teilen der Bevölkerung.

Natürlich besteht im Delegiertenrat Konsensus, adäquate Maßnahmen gegenüber dem Nixon-Besuch und der Bundesversammlung zu unternehmen. Wir sind aber nicht in der Lage und auch nicht dazu bereit, gemäß einer"Rädelsführertheorie" über die Militanz und Nicht-Militanz der Aktionen zu entscheiden. Ebenso können wir nicht entscheiden, welche Formen der Aktionen von autonomen Gruppen der Apo anläßlich der Ereignisse unternommen werden. Außerdem ist der Delegiertenrat keine Gruppe, die in sich entscheiden und gegenüber den politischen Kräften vertreten kann, welche Formen der Aktionen anläßlich der Ereignisse unternommen werden und ist somit nicht in der Lage, sich im vorhinein von diesen zu distanzieren. Eine solche Distanzierung ist auch deshalb nicht möglich, da die im Delegiertenrat vertretenen Arbeitskreise die Strategiediskussion als Prozeß der permanenten Auseinandersetzung begreifen, der nicht durch dogmatische Erklärungen beendet werden kann.

Der Delegiertenrat des RC.

Zusatzerklärung von Hartwig Marx, Delegierter des Arbeitskreises Lehrlinge:
"Ich bin der Meinung, daß eine Form der Politik, wie sie durch "freundliche Bitten", "Appelle" und "letzte W a r n u n g e n" ausgedrückt wird, Linksliberalen vorbehalten ist, die ein marxistisches Vokabular führen, sich aber gegenüber dem Klassenfeind und sich selbst liberal verhalten und somit nicht der revolutionären Theorie von Marx und Lenin gerecht werden. (Nachzulesen im 2. Band der "Ausgewählten Schriften Mao tse-tung's im Kampf gegen den Liberalismus", Seite 27 ff.)"

d) Über den Dogmatismus bestimmter "Antiautoritärer" und sogenannter "Traditionalisten" von Peter van Spall

Es erscheint mir wichtig, einmal den vorhandenen Unterschied zwischen der clubinternen Arbeit und der Gesamtstrategie Außerparlamentarischer Opposition zu untersuchen und zur Diskussion zu stellen.
Während Dr. Huffschmid in seinem einstündigen Referat auf der

letzten Mitgliederversammlung die Zusammenarbeit mit den "Liberalen" propagierte, suspendierte Vorstandsmitglied Solveig Ehrler am 14. Dezember den DJD-Sprecher Hoffmann nach seiner Rede anläßlich der Anti-Rehse-Kundgebung auf dem J. F. Kennedy-Platz aus der APO, indem sie öffentlich in einem nirgend dokumentierten Vorwort (?) zu ihrer Rede sinngemäß feststelle, "Liberale" gehörten nicht zur APO.

In einem Vorwort zu dem im letzten BULLETIN veröffentlichten Kurzprotokoll einer Frankfurter Tagung der neukonstituierten "Demokratischen Union" führt sie aus, "daß man die Diskussion um den Weg zum antiautoritären liberalen Idyll einer so skizzierten Gesellschaft ausgespart habe. Eine antiautoritäre, auf Vergesellschaftung der Produktions- und Informationsmittel aufgebaute Gesellschaft ist aber erst funktionsfähig als eine nicht nur aufgeklärte, sondern klassenbewußte, von den Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft befreite Gesellschaft." Vermutlich richtet sich ihre Kritik gegen das von der Demokratischen Union vorgeschlagene Recht auf freie Meinungsäußerung nach vorangegangener politischer Aufklärung - ein Konzept übrigens, das Rosa Luxemburg in ähnlicher Weise in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft verwirklicht sehen wollte, aber aufgrund der innerpolitischen Stagnation sozialistischer Systeme nicht realisiert werden konnte, sieht man von Kuba und Jugoslawien ab, wo es progressive Ansätze in der Richtung eines demokratischen Sozialismus gibt. Zwangsläufig bezieht die DU, deren Konzeption ich für durchaus diskussionswürdig halte, das Argument dogmatisch-antiautoritärer Wortführer in ihre Agitation (= Aufklärung) mit ein, indem sie auf den Vorwurf, "ihr seid ja liberal" die einzige vernünftige Antwort gibt, nämlich: "Wir kämpfen für politisch wirksame grundrechtlich gesicherte Freiheit - sie ist das Gegenteil des liberalen Freiheitsbegriffes (Freiheit der Kapitalstarken auf Kosten der Kapitalschwachen). "Da die DU klar die Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordert, ist diese APO-Gruppe nicht als "liberal" zu bezeichnen. Man müßte mehr über dieses Konzept erfahren, um es beurteilen zu können.

Wir kennen die Haltung der Liberalen zur Frage der "Mitbestimmung" und Vergesellschaftung der Produktionsmittel, da die FDP sich bisher eindeutig von diesen gesellschaftspolitischen Forderungen distanziert hat, obwohl ihre Mitgliederschaft, die vorwiegend aus dem Mittelstand, den "freien" Berufen etc. kommt, in den letzten Jahren immer mehr zurückging, denn durch die Schaffung wirtschaftlich-politischer Machtzentren wandert dieser "Mittelstand" immer mehr zum "Proletariat" ab. Daher hat selbst bei sogenannten links-bürgerlichen Gruppen ein gewaltiger Umdenkprozeß eingesetzt, der zum antiautoritären und gesellschaftskritischen Engagement radikaldemokratischer Organisationen, vor allem von Jugendverbänden wie den Jungdemokraten, die nach Agnoli's Definition grundsätzlich APO sind, geführt hat. Der Einfluß neomarxistischer APO-Theorien auf LSD und Jungdemokraten, christliche Jugendorganisationen, vor allem auf die Gewerkschaftsjugend nimmt immer mehr zu. Es ist deshalb verständlich, wenn die "liberalen" Clubmitglieder die Frage nach der echten Bereitschaft zur Bündnispolitik auch an die Adresse bestimmter "antiautoritärer" Dogmatiker richten, die nicht selten persönliche politische Interessen durchsetzen wollen, anstatt das Kollektivbewußtsein weiter zu entwickeln und somit - nicht mehr - antiautoritär sind.
Das heißt also, daß der unterschiedliche Bewußtseinsstand nicht verabsolutiert werden darf und es notwendig wird, schon aus realpolitischen Gründen eine Änderung der Vorstandspolitik zu diskutieren.

Durchaus richtige Konzepte können, wenn die "Massenbasis" fehlt oder vorgetäuscht wird, der Gesamtbewegung schaden. Ich kritisiere dabei weniger die Strategie des SDS im RC, sondern meine, daß diese "dezentralisierte Praxis" erst in einem sehr viel späteren Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung e i n e Methode antikapitalistischer Kämpfe sein könnte.

Im Club sollte in der bisherigen Weise weiter experimentiert werden. Die liberalen und christlichen Clubmitglieder sollten angeregt werden, endlich selbst entweder eigene Arbeitskreise zu bilden oder sich an bestehenden Arbeitsgemeinschaften und den häufigen Clubveranstaltungen in stärkerem Maße zu beteiligen. Nach außen jedoch dürfte der Clubvorstand nur noch dann öffentliche Erklärungen abgeben, wenn er damit von der MV oder dem Delegiertenrat beauftragt wird, denn der Club ist nach seiner Satzung keine in sich geschlossene politische Organisation, sondern es sind in ihm Menschen organisiert, die immer noch - allem "antiautoritärem" Gerede zum Trotz - verschiedenen politischen Richtungen angehören. Im Club sollte deshalb neben den Vortragsabenden vor allem projekt- und berufsorientierte Arbeit praktiziert und veröffentlicht werden. Die "Machtkämpfe" konkurrierender Richtungen sollten nach Möglichkeit außerhalb des Clubs stattfinden, mindestens jedoch auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Es gilt zu erkennen, daß die APO trotz der Bemühungen bestimmter antiautoritärer Dogmatiker, die sicher zu Recht dem Apparat der SEW sehr kritisch gegenüber sind, immer noch besteht und in dieser Sammlungsbewegung - leider! - immer mehr Fraktionen entstehen, die ihren Standpunkt ebenso wie die SEW verabsolutieren, jede ihre allein richtige "Konzeption" verkünden und erschreckend wenig Bereitschaft zur öffentlichen Selbstkritik und zur Toleranz zeigen. Es zeigt sich, daß jene Gruppen schon in das spätkapitalistische System integriert sind und das ist der Hauptgrund dafür, daß die "Massenbasis", vor allem der vielen jungen Sympathisanten, zurückgegangen ist. Wenn man die Konkurrenzmechanismen unserer Gesellschaftsordnung lediglich reproduziert und zu dem Mittel der Manipulation, des go-ins und des Freund-Feind-Verhältnisses innerhalb der Linken greift, so ist das wenig attraktiv für jene jungen Menschen, die für rationale Auseinandersetzungen, für mehr Demokratie sind.

Hier helfen nur noch T o l e r a n z (!), Überzeugungskraft, Selbstkritik und nicht zuletzt die Schaffung von Institutionen einer subkulturellen Gegenöffentlichkeit, wie sie bisher wohl nur mit den Republikanischen Clubs, den demokratischen Kindergärten, den Wohngemeinschaften - weniger wohl Kommunen (?) - und den ebenfalls zur Selbstbetätigung anregenden Underground-Lokalen (wie go-in z.B) ansatzweise entstanden sind und nur unter den bekannten individuellen Schwierigkeiten notwendige und vielleicht zukunftsweisende Experimente durchführen können. Nach Marx ist der Mensch stets ein Produkt seiner Umgebung und wer vermag sich schon von den schädlichen kulturellen Einflüssen der Industriegesellschaft freizumachen?

Macht man aber die "dezentralisierte" Gruppen- und Einzelarbeit zur Ideologie, wo sie nicht durch NS-Gesetze, Vorbeugehaft und geltendes KPD-Verbot aufgezwungen ist, fügt man der APO nur Schaden zu. Wie soll die Kommunikation und Koordination, der permanente Dialog und eine fortlaufende politische Arbeit möglich sein, wenn keine organisatorische Arbeit geleistet wird. Das ist nur möglich, wenn Institutionen wie Clubs und Jugendverbände von linken Kräften "erobert" werden, um diese zu einer Institution der Gegenöffentlichkeit umzuwandeln.

Wenn aber, wie es oft geschieht, die Repression verinnerlicht, ungenügend reflektiert und auf andere Bündnispartner ausgedehnt wird, gibt man dem gesellschaftlichen Druck nach und versäumt die Chance zur Selbstorganisation in diesen subkulturellen Bereichen, die allein den Raum für befreiend wirkende Experimente bieten können. Um die eigene Schwäche nicht eingestehen zu müssen, wird von jenen, die einmal antiautoritär begonnen haben, diese "dezentralisierte Praxis" zum Prinzip erklärt und daraus eine unbrauchbare Ideologie gezimmert, die mit der bewährten Taktik des Umfunktionierens und Manipulierens einer konsumierenden Mehrheit mit elitärem Machtanspruch des öfteren suggeriert wird.

Kleine Minderheiten an den Universitäten diskreditieren die kollektiven Widerstandsaktionen ihrer Kommilitonen bedauerlicherweise durch anarchistische der persönlichen Selbstbefriedigung dienende Zerstörungen, die über notwendige Akteneinsicht etc. weit hinausgehen und letztlich keine politische Funktion haben. Hat im gegenwärtigen Stadium ein - sehr kleiner - Teil der antiautoritären Opposition sich zu einer quasi anarchistischen entwickelt, die die Lösung von Gemeinschaftsaufgaben aufgrund vorheriger öffentlicher Diskussion aller Standpunkte negieren und bestimmte der Gesellschaft nun einmal innewohnende und aus der marxistischen Wirtschaftstheorie erklärbare Prozesse nicht mehr sehen wollen oder können? Wenn das so ist, dann haben diese Kräfte den Schritt in die Isolation vollzogen, um früher oder später zu integrieren.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der APO und mit dem Establishment haben gezeigt, daß die Frage nach der Anwendung gewaltsamer und gewaltfreier Methoden innerhalb und außerhalb der Institutionen nicht endgültig und schematisch entschieden werden kann. Die Entwicklung in den industrialisierten Ländern und die notwendigen in Politik, Wirtschaft und "Kultur" parallel verlaufenden Strukturwandlungen hindern uns auf jeden Fall daran, herkömmliche Strategiekonzepte zu übernehmen.

Zusammenfassend sei gesagt, daß

1. eine Organisation, wie Club, Jugendverband, private Forschungsinstitute, Wohngemeinschaften, demokratische Kindergärten und Produktionsgemeinschaften z.B. übernommen und zu einer Institution der subkulturellen Gegenöffentlichkeit gewandelt werden muß.
2. eine Erprobung von Experimenten ist dann erst möglich. Voraussetzung dafür ist in jedem Falle die öffentliche Diskussion aller Organisierten;
3. Die Kommunikation mit Sympathisanten außerhalb dieser Institutionen ist die wesentliche Voraussetzung zur Gewinnung einer Basis; sie macht die Bildung von Arbeitskreisen für politische Theorie notwendig, die vor allem auch mit Außenstehenden zu organisieren sind.
4. Das Menschenbild bei Marx und seine Analysen der Produktionsverhältnisse sollten studiert und kritisch reflektiert werden, um die Entfremdung, die auf die Isolation nicht gesprächsbereiter oder -fähiger Individualisten zurückzuführen ist, durch Schaffung eines Kollektivbewußtseins zu durchbrechen und sich damit selbst verwirklichen zu können.

Wenn sich diese Einsicht oder wenigstens die T o l e r a n z gegenüber anderen politischen Strömungen innerhalb der Linken durch-

setzt, Meinungen nirgends verabsolutiert werden und dann bewiesen werden kann, daß nach dem Grundsatz "in-Gegensätzen-Miteinander" gemeinsame Lösungen, die nie endgültig sein werden, möglich sind, dann hat die APO eine - kleine - Chance.

II. Außerordentliche Mitgliederversammlung

1. Protokoll der a.o. MV am 8. Februar 1969

Von der Versammlung wurde das folgende Präsidium gewählt: Christian Gleie, Bernd Jansen, Peter Müller, Knut Nevermann.

Sofern die Anträge zur Mitgliederversammlung im RC-BULLETIN III/69 abgedruckt waren, wird darauf verzichtet, ihren Wortlaut noch einmal wiederzugeben.
Die Mitglieder einigten sich, die Anträge in der folgenden Reihe zu behandeln:

Antrag 1, eingereicht von Klaus E. Diedrich (Abführung der Mitgliedsbeiträge an Arbeitskreise/Sekretariat im Verhältnis 7 : 3): Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Delegiertenrat stellte folgenden Alternativ-Antrag: "Der Delegiertenrat ersucht den Vorstand, Aktivitäten der Arbeitskreise, die vom Delegiertenrat gebilligt worden sind, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. Das Hauptgewicht ist dabei auf die Basisverbreiterung zu legen, in besonderen Fällen kann die Finanzierung auch nachträglich erfolgen. Beträge bis zu DM 20,-- kann das Clubsekretariat auch ohne Befragen des Delegiertenrates von sich aus genehmigen." Der Antrag wurde angenommen.

Antrag 4 e, eingereicht von Helmut Neumann (Wiedereinführung der Türkontrolle): Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag 5, eingereicht von Peter van Spall (Mitgliedsbeitrag für Minderbemittelte ist auf DM 3,-- zu reduzieren): Der Antrag wurde abgelehnt, da diese Praxis auf Antrag bereits geübt wird.

Antrag 9, eingereicht von Roland Reichwein (öffentlicher Diskussionsabend 1 x im Monat über aktuelle politische Fragen bei Hinzuziehung aller Verbände): Der Antrag wurde zur Behandlung an den Delegiertenrat verwiesen.

Antrag 6, eingereicht von Klaus Ehrler (Protest gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Westberlin): Der Antrag wurde angenommen.

Der Zusatzantrag, eingereicht von Horst Mahler, dessen Wortlaut in diesem Bulletin auf Seite 10 abgedruckt ist, wurde bei 4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2, eingereicht von Manfred Rexin, Dieter Koch u.a. (der Club soll weiterhin Plattform und Kommunikationszentrum aller Gruppen der Berliner Linken sein): Gegen den Antrag stimmten 59, für den Antrag 53 Mitglieder.

Antrag 3, eingereicht vom Delegiertenrat (der Delegiertenrat soll nicht um von der Mitgliederversammlung gewählte Vertreter erweitert werden): Der Antrag wurde bei 10 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Antrag 8, eingereicht von Roland Reichwein (Vorstand und Delegiertenrat enthalten sich öffentlicher Verlautbarungen): Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag 7, eingereicht von Edgar Guhde (keine Zusammenarbeit des Clubs mit der SED-West): Der Antrag wurde bei 4 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 10; eingereicht von S.O. Lehmann: "Die Mitgliederversammlung schließt sich der von der "Arbeitsgemeinschaft Berliner Journalisten" im RC am 20. Januar 1969 ohne Gegenstimmen verabschiedeten Resolution vollinhaltlich an (Siehe BULLETIN II/69) und mißbilligt, daß ein Clubmitglied öffentlich dazu aufgerufen hat, den EXTRA-DIENST abzubestellen; daß Mitglieder des RC-Vorstandes mit einer Unterschriftenliste für die Abbestellung des EXTRA-DIENSTES agitierten.

Sie hält den EXTRA-DIENST für eine Publikation, die der Linken insgesamt nützlich war und ist, gleichgültig um die verschiedenen ideologischen und theoretischen Positionen und Konzeptionen der Organisation linker Publizistik."

Die Mitgliederversammlung verurteilt es, daß die Redaktion des EXTRA-DIENST jetzt diffamiert wird, weil sie nicht in allen Fragen auf der Linie einer bestimmten Gruppe des Clubs liegt. Sie ist für eine Auseinandersetzung mit politischen Argumenten; die ist dagegen, daß unter den Linken aggressionsgeladene Kleinkriege inszeniert werden - erst recht dann, wenn in kapitalistischen Konkurrenzverfahren versucht wird, den Kontrahenten wirtschaftlich zu erledigen. Sie fordert alle Gruppen auf, in einer möglichst bald fortzusetzenden und zu vertiefenden sachlichen Diskussion die divergierenden Standpunkte schrittweise zu klären und auszudiskutieren."

Die Mitgliederversammlung wendet sich darüber hinaus gegen alle nicht oder nur dürftig motivierten Spalter-Aktivitäten einer bestimmten Gruppe innerhalb der APO und spricht in diesem Zusammenhang den fünf namentlich mehrfach genannten, an der seit dem 15.1.1969 betriebenen Anti-EXTRA-DIENST-Kampagne führend beteiligten Genossen im RC ihre ausdrückliche Mißbilligung aus."

Über diesen wurde heftig diskutiert, es kam jedoch zu keiner Abstimmung.

Peter Sörgel

2. Offener Brief an den Vorstand des Republikanischen Clubs

16.2.1969

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des RC am 8.2. hat Horst Mahler, Vorstandsmitglied des RC, auf eine Frage von mir zu dem von ihm eingebrachten und später angenommenen Aufruf zu Aktionen gegen den Nixon-Besuch und die Bundesversammlung in Westberlin sinngemäß folgendes geantwortet:

1. Der Anspruch der DDR, Westberlin liege "auf dem Territorium der DDR", ist kein Anspruch sondern ein rechtlicher Tatbestand, aus dem man allerdings unterschiedliche Konsequenzen ziehen kann.

2. Die DDR ist - trotz allem, was man gegen sie einwenden mag - verglichen mit der Bundesrepublik ein fortschrittlicher Staat auf dem Wege zum Sozialismus.

Angesichts der sozialistischen Überzeugungen von Horst Mahler, die ich weitgehend teile, und der Politik des Abbaus der westlichen Bindungen Westberlins, die er mit dem Club-Vorstand gegenwärtig betreibt, könnte man aus diesen beiden Äußerungen schließen, daß Mahler und der Club-Vorstand eine Politik der Ost-Integration Westberlins verfolgen. Eine solche Politik würde ich - und sicherlich auch viele andere Clubmitglieder - nicht mitmachen.

Ich fordere daher den Club-Vorstand auf, vor der Club-Öffentlichkeit im RC-Bulletin zu erklären, ob die Äußerungen von Horst Mahler die politische Überzeugung des gesamten Club-Vorstandes zum Ausdruck gebracht haben. Ich tue dies, weil ich eine öffentliche Diskussion und Klärung dieser Angelegenheit im Club für die richtige Vermittlung der geplanten Aktionen gegen den Nixon-Besuch und die Bundesversammlung in der westberliner Öffentlichkeit und für die Gesamtstrategie des Clubs für entscheidend wichtig halte.

Falls ich die Äußerungen von Horst Mahler unrichtig oder sinnentstellend wiedergegeben haben sollte, bitte ich, das anhand einer Veröffentlichung der entsprechenden Tonbandaufzeichnung im RC-Bulletin nachzuweisen. Außerdem bitte ich, diesen Brief in der nächsten Nummer des RC-Bulletins abzudrucken, damit eine Diskussion über diese Frage in der Club-Öffentlichkeit in Gang gebracht werden kann.

Roland Reichwein

3. Wir geben hiermit den vollen Wortlaut des Antrags Mahler anl. der a.o. Mitgliederversammlung vom 8. Februar 1969 bekannt:

"Der Vorstand wird beauftragt, die Mitglieder werden aufgerufen,

sofort mit allen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition Kontakt aufzunehmen, um gemeinsame Diskussionen und Aktionen anläßlich des Besuchs des US-Präsidenten Nixon und der Bundesversammlung vorzubereiten und durchzuführen.

Diese Aktionen sollen klarmachen, daß die Außerparlamentarische Opposition Widerstand leistet

gegen die politische und gesellschaftliche Integration Westberlins in das spätkapitalistische System der Bundesrepublik,

gegen den Anspruch der Bundesrepublik auf die Rückgewinnung der durch den faschistischen Feldzug des 3. Reiches gegen Polen und die UdSSR verlorengegangenen ehemaligen deutschen Ostgebiete,

gegen die beabsichtigte Zerstörung der geschichtlich fortschrittlichen sozialistischen Übergangsgesellschaft in der DDR,

gegen die Bestrebungen, Deutschland als imperialistische Großmacht wiederherzustellen."

III. Aus den Arbeitskreisen

Versuch einer Selbstdarstellung und Aufruf zur Mitarbeit im Arbeitskreis "Angestellte und technische Intelligenz (Automation)"

Der Arbeitskreis hatte (und hat noch) große Schwierigkeiten, den Rahmen seiner Tätigkeit einerseits sinnvoll und andererseits nach Maßgabe des möglichen Arbeitsaufwandes abzugrenzen.

Eine vorläufige Gliederung sieht folgendermaßen aus:

1. Situationsanalyse des Angestellten aus ökonomischer Sicht,
2. Situationsanalyse des Angestellten aus soziologischer Sicht,
3. Situationsanalyse des Angestellten aus politologischer Sicht,
4. Synthese: Das Bild des Angestellten in der Gesellschaft der Gegenwart
5. Versuch einer Antithese: der Angestellte in einer sozialistischen Gesellschaft.

"Angestellte" sollte dabei die technische Intelligenz miteinbeziehen. Es zeigte sich jedoch bald, daß diese beiden Gruppen - zunächst - getrennt betrachtet werden müssen und daß zwischen "Arbeitern" und "Angestellten" schon gegenwärtig objektiv keine klaren Trennungslinien zu ziehen sind.

Die vorliegenden ökonomischen und politologischen Beiträge zeigen deutlich, mit welchem Instrumentarium der aufgeklärte Neokapitalismus arbeitet (die Situation des Angestellten ergibt sich dabei aus einer Analyse seiner Umwelt; dieses Verfahren erwies sich als sinnvoll), die soziologischen Beiträge machen die beinah hoffnungslosen Verheerungen deutlich, die damit im Bewußtsein der Angestellten (hierbei weitgehend einschließlich der technischen Intelligenz) angerichtet worden sind.

Aus der Beschreibung und dem Versuch einer Analyse seines Instrumentariums folgten Erkenntnisse über Widersprüche des kapitalistischen Systems, die zugleich verschleiert und verschärft werden durch die fortschreitende Automation.

Um die Automation nicht nur als quantitative, sondern als qualitative Umwälzung erkennbar machen zu können, erwiesen sich Beiträge über die tatsächlichen und denkbaren Möglichkeiten der Automation und der Computertechnik als umso notwendiger, als über diese Frage auch bei einer Reihe von vorliegenden sozialistischen Analysen gewisse Unklarheiten zu bestehen scheinen.

Eine große Schwierigkeit bei der Darstellung der gesellschaftlichen Implikationen der Automation liegt darin, daß es wenig zuverlässiges oder hinreichend umfassendes Zahlenmaterial gibt.

Der Arbeitskreis ist sich im Augenblick nicht endgültig darüber im klaren, in welcher Richtung er seine Untersuchungen weitertreiben sollte. Es ist vorgeschlagen worden, ausgehend vom Gesichtspunkt der Ansprechbarkeit, sich weitgehend auf die Probleme

der technischen Intelligenz (wobei dieser Begriff sehr weit gefaßt werden sollte) und der sog. Technokraten zu konzentrieren.

Der Arbeitskreis b e n ö t i g t d r i n g e n d w e i t e r e M i t a r b e i t e r , die bereit sind, an den hier skizzierten Aufgaben mitzuarbeiten. Es wird warnend darauf hingewiesen, daß es sich tatsächlich um Arbeit handelt, unverbindliche Diskussionen bringen uns im Augenblick nicht weiter.

Als Literatur zu allen mit der Automation zusammenhängenden Fragen können zum Beispiel angegeben werden:

Friedrich Pollock, AUTOMATION, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1964

Walter Buckingham, AUTOMATION UND GESELLSCHAFT, S. Fischer-Verlag, Frankfurt/Main 1967 (Originalausgabe 1961)

Referate und Arbeitsgruppen-Berichte der 3. Internationalen Arbeitstagung über Automatisierung, Rationalisierung und technischen Fortschritt, die unter dem Titel COMPUTER UND ANGESTELLTE vom 5. bis 8. März 1968 in Oberhausen stattfand (Veranstalter: IG-Metall), liegen bisher nur als hektografierte Manuskript-Sammlung vor.

Nirumand/Siepmann, DIE ZUKUNFT DER REVOLUTION, in KURSBUCH 14/1968

Elmar Altvater, RATIONALISIERUNG UND DEMOKRATISIERUNG, in DAS ARGUMENT, 1966, Heft 4

Karl Steinbuch DIE INFORMIERTE GESELLSCHAFT (Kapitel über Computer und Automatisierung, Seite 151 - 242), rororo-Sachbuch 6612/13.

IV. Veranstaltungskalender

1. Woche: Sonnabend, 22. Februar - Freitag, 28. Februar 1969

Sonnabend, den 22. Februar 1969 - 20 Uhr
Diskussion zwischen den 18 KRITIKERN und dem RC-VORSTAND über den Inhalt des in diesem BULLETIN auf den Seiten 3 und 4 abgedruckten Briefes; (voraussichtliche Themen: EXTRA-DIENST und NIXON-BESUCH).

Sonntag, den 23. Februar 1969 - 20 Uhr
Veranstaltung des DELEGIERTENRATES.
Öffentliche Diskussion des DELEGIERTENRATES des RC mit Frau MARIANNE REGENSBURGER über deren Austrittserklärung aus dem RC-Vorstand, die im Extra-Dienst 13/III/1969 veröffentlicht wurde. Der RC-Vorstand wurde zu dieser Diskussion eingeladen.

Montag, den 24. Februar 1969 - 20 Uhr
Otto GMELIN "Von der Machtfrage des antiautoritären Patriarchats der Republikaner und seinem gegensätzlichen Patriarchat in der Massenkommunikation und Dramaturgie des Fernsehens und dem Unvermögen unterprivilegierter Weiber, endlich den Mund aufzumachen".

Mittwoch, den 26. Februar 1969 - 20 Uhr
Dimitri MARAKAS (EDA) und Thanos LIPOWATS "Zur Situation der griechischen Linken".

Donnerstag, den 27. Februar 1969 - 20 Uhr
Adolf STRAUB (Jungsozialisten) und Solveig EHRLER "Ist eine sozialistische Politik in der SPD möglich?"

Donnerstag, den 27. Februar 1969 - 20 Uhr
Öffentliche Sitzung des DELEGIERTENRATES

Freitag, den 28. Februar 1969 - 20 Uhr
Clubdiskussion: Aktionen zur BUNDESVERSAMMLUNG

2. Woche: Sonnabend, 1. März 1969 - Freitag, 7. März 1969

Sonntag, den 2. März 1969 - 20 Uhr
Clubdiskussion mit den Mitarbeitern der ROTE PRESSE KORRESPONDENZ ****)

Freitag, den 7. März 1969 - 20 Uhr
Clubdiskussion "KONSUM UND KLASSENBEWUßTSEIN - Diskussion der Warenhausaktionen

Veranstaltungsvorschau (Änderungen vorbehalten!)

Mittwoch, den 12. März 1969 - 20 Uhr
Reimut REICHE und Wolfgang F. HAUG "Sexualität und Klassenkampf"

Donnerstag, den 13. März 1969 - 20 Uhr
Veranstaltung der MARXISTISCHEN SCHULUNGSGEMEINSCHAFT mit Dietrich WEDEPOHL "Kriminalität im spätkapitalistischen System"

Freitag, den 14. März 1969 - 20 Uhr
Dr. Arno KLÖNNE "Zur Organisationsproblematik der neuen sozialistischen Linken".

****) Montag, den 3. März 1969 - 20 Uhr PLENUM der MARXISTISCHEN SCHULDUNGSGEMEINSCHAFT